



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Perusprecher 24834 - 30

Fernschreiber 0806890

P/XIII/295 - 30. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|--|----|
| 1 - 1a | Gehen die letzten Chancen dahin?
Wohnungsbewirtschaftung und Mietpreise
sollen aufgehoben werden | 68 |
| 2 - 3 | Jugoslawiens Politik vor nicht leichtem Aufgaben
Von unseren Korrespondenten Harry Schlieker, Belgrad | 62 |
| 4 - 5 | Die Entwicklung der deutschen Ostgebiete
Eine aufschlußreiche Untersuchung | 71 |
| 6 | Wohin neigen die Sympathien Massere?
Ein bezeichnendes Einreiseverbot | 24 |

Anhang:

Verbraucher-Nachrichten

* * * * *
* * * * *

Gehen die letzten Chancen dahin?

sp - Mit dem Jahre 1959 bricht über Millionen von Menschen in Mietskasernen und anderen Wohnungen das Gefühl neuer Angst herein. In den kommenden zwölf Monaten sollen des Wohnungsbauministers Pläne reifen, die bei ihrer Realisierung eine schwere Belastung für den "Normalverbraucher" bedeuten.

Freie Marktwirtschaft auch für die Wohnungen! Das ist die Parole! Frei von allen Preisbindungen, das ist dann die Sorge!

Der Krieg ist vergessen, der Wiederaufbau läuft seit zehn Jahren, aber die Wohnungsnot ist geblieben. Millionen sind es, die auf eine menschenwürdige Bleibe warten. Hunderttausende leben wie Kaninchen in einem Stall, haussen mit drei und vier Personen in zwei Zimmern, kennen nichts anderes als ein Untermieter-Dasein.

Und was haben gerade die Untermieter in den letzten Monaten erlebt? Zu ihnen ist die freie Marktwirtschaft bereits in Gestalt unerhörter Macherzinsen gekommen. Seit es den Hauptvermietern überlassen bleibt, was sie für ein möbliertes Zimmer kassieren dürfen, hageln die Proteste.

Die Studentenverbände nannten einige Zahlen: Bis zu 100 Mark für eine "Bude". Frauenvereine meldeten, daß eine Schlafstelle im Wohnzimmer mit 50 und mehr Mark bezahlt werden müsse. Selbst der Haus- und Grundbesitzerverein rührte sich, monierte die Geschäftsgesbaren und legte den Mitgliedern nahe, auf die Macherer "einzuwirken". Aber geändert hat sich nichts!

Soll sich das Gleiche nun für alle Mieter wiederholen? Der Plan des Bundeswohnungsbauministers zielt auf eine Aufhebung der Zwangsbe- wirtschaftung in Etappen ab. Das heißt: Beseitigung der Wohnungskär- ter, Aufhebung aller Mietpreisbindungen und Kündigung des Mieter- schutzes.

Die Absicht wird populär verpackt: "Schluß mit dem Zwang, Schluß mit Behördenanteillungen". Aber in der Praxis ergibt sich für den Bundesbürger diese folgende Regelung, die man Anfang des kommenden Jah- res mit den Ländern besprechen will:

- 1.) Mietwohnungen, die zu den teuersten im Bund zählen, sollen zuerst freigegeben werden! Nach einer ziemlich genauen Rechnung würde das bedeuten, daß nahezu 30 Prozent aller westdeutschen Wohnungen davon betroffen werden. Der Vermieter darf dann neue Preise fordern.
- 2.) Wohnungen der sogenannten mittleren Preisklasse (was ist eigentlich darunter zu verstehen?) sollen etwa nach Ablauf eines weiteren Jahres dem freien Markt überantwortet werden. 30 Prozent aller Wohnungen würden davon nicht ausgenommen sein.
- 3.) Danach folgt die andere Klasse, die "niedrige".

Zur Beruhigung der Gemüter wollen die Experten aus dem Bonner Ministerium vorschlagen, die Mietpreise "nicht sofort ganz" freizugeben. Man bietet als Übergangslösung eine "Lockerung der Mieten" an. Darüber hinaus will der Bund den Plan dadurch schmackhaft machen, indem er Mietbeihilfen für harte Fälle in Aussicht stellt.

Und hier wird eines deutlich: Das Wohnungsamt soll ersetzt werden durch ein anderes Amt, durch eine Art von "Mietbeihilfe-Amt", und da fragt sich der gesunde Menschenverstand: Was soll das?

Unabhängig von diesem Fragezeichen aber steht das Problem der Wohnungsbeschaffung überhaupt. Am Beispiel Frankfurt wird sichtbar, in welche dunkle Sackgasse uns solche Absichten führen. Dort bewerben sich heute noch mehr als 41 000 Menschen um eine Wohnung. Sie sind von der bisherigen Marktwirtschaft nicht so gesegnet worden, daß sie sich einen Baukostenzuschuß leisten können, der in Großstädten heutzutage bei 5 000 DM im Schnitt liegt. Diese 41 000 und die anderen Hunderttausenden in Nord und Süd verlieren angesichts eines solchen ministeriellen Vorhabens die letzte Chance. Und selbst die, die eine Wohnung haben, müssen neben der neuen Miete fürchten, auf die Straße gesetzt zu werden, wenn sich ein bessergestellter Kunde bewirbt.

Das Institut für Wirtschaftsforschung hat ganz ungewollt die Bonner Absichten kommentiert. Es stellte fest, daß in den letzten sieben Jahren nur 60 Prozent der gebauten Wohnungen für den Nachholbedarf infrage kommen. Die anderen 40 Prozent gingen auf Kosten der Bevölkerungszunahme und zugunsten einer kleinen Schicht, die sich einen erhöhten Lebensstandard leisten konnte.

Jugoslawiens Politik vor nicht leichten Aufgaben

Von unseren Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad

Jugoslawien ist ein für westeuropäische Verhältnisse immer noch stark entwicklungsbedürftiges Land. Der Weg, den es jedoch seit 1952 mit der Dezentralisierung seines Wirtschaftssystems beschritten hat, um seine Industrie und Landwirtschaft weiter auszubauen, ist durch eine Tatsache maßgeblich bestimmt: die wirtschaftliche Entwicklung des Landes soll nicht ausschließlich auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung durchgeführt werden.

Diese Entscheidung, die die innenpolitische Position der Regierung stark entlastet hat, ließ die Investitionspolitik zu einem Problem ersten Ranges der jugoslawischen Außenpolitik werden. Nach dem Abbruch von der starren Zentralplanung wurde es gerade zu einer Lebensnotwendigkeit, im Ausland Kredite zu erhalten, sollte die eigene Bevölkerung nicht erneut überstrapaziert werden. Die jugoslawische Außenpolitik sah sich also vor die Aufgabe gestellt, die im Inland nicht aufzubringenden Investitionsmittel im Ausland zu suchen.

Damit hat die bloc lose Außenpolitik Jugoslawiens zugleich eine der schwierigsten politischen Aufgaben übernommen. Galt es doch unter den sich verändernden Bedingungen des kalten oder zeitweilig weniger kalten Krieges irgendwo bereitwillige Gläubiger zu finden. Diese Gefühlsregung unterlag dabei nicht unwesentlich den großen Zügen der Weltpolitik. Die Herkunft der jugoslawischen Kredite ist nicht selten zugleich ein Anzeiger der sich wandelnden jugoslawischen Position zwischen den Blöcken. Es wäre allerdings einseitig gewesen, wenn man diese mehr oder minder weniger von objektiven, materiellen Gegebenheiten beeinflusste Politik, als schwankend oder hin- und herpendelnd bezeichnen würde. Jugoslawiens Außenpolitik ist in den letzten Jahren von seinen grundsätzlichen Prinzipien nicht abgewichen. Wenn es sich den Anschauungen der einen oder anderen Seite zeitweilig näherte, so hatte dies nicht unwesentlich ein Entgegenkommen des einen der Blöcke zur Voraussetzung.

Somit spiegelt sich die weltpolitische Entwicklung in der jugoslawischen Kreditpolitik sichtbar wider. Nach einer Phase der Westorientierung (nach der Kominformresolution) setzte mit der serbisch-jugoslawischen Aussöhnung ab 1955 eine Zeit der Ostkreditierung ein. Ihren sichtbaren Ausdruck fand diese veränderte Haltung in der Aufkündigung der amerikanischen Militärhilfe durch Belgrad. Aber die sowjetischen Kreditversprechungen, die die amerikanische Wirtschaftshilfe weitgehend ersetzen sollten, wurden kaum in die Wirklichkeit übersetzt. Unter dem Eindruck der Ungarereignisse wurde die Auszahlung der versprochenen Kredite verweigert, dann wieder versprochen und in diesem Jahr endgültig auf vier bis fünf Jahre zurückgestellt. Ähnliche Schwierigkeiten hatte Belgrad auch mit der Tschechoslowakei. Obwohl Ende dieses Jahres die Frist für die Realisierung eines Investitions- und Warenkredites ausläuft, sind von dem zugesagten 50 Millionen Dollar für Investitionen nur fünfzehn und von den vereinbarten 25 Millionen Dollar Warenkredit nur gerade drei Millionen zur jugoslawischen Verfügung gestellt worden.

Wenngleich hierbei gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten vorzuliegen scheinen, so werden doch auch von Seiten der Tschechoslowakei diese wirtschaftlichen Maßnahmen als ein Mittel der Politik in der ideologischen Auseinandersetzung benutzt.

Nicht zuletzt nur diese Situation hat es notwendig gemacht, daß Jugoslawien einmal mehr bei den westlichen Ländern um Kredite vorstellig wird. London hat jetzt drei Millionen Pfund Sterling zugesagt. Ein unerheblicher Kredit, wenn man berücksichtigt, daß der jugoslawische Außenminister Popovic bei seinem Besuch in der britischen Hauptstadt um das Vier- bis Fünffache angefragt haben soll. Ob sich die USA unter dem Eindruck der gegenwärtigen Situation zu größeren Leistungen bereit erklären werden, muß vorerst noch abgewartet werden. Die bevorstehende Unterzeichnung über die Lieferung amerikanischer Agrarüberschüsse in Höhe von 95 Millionen Dollar übersteigt jedoch die auch während der "Ostphase" weiterhin an Jugoslawien gewährte Hilfe nur unbedeutend.

Die Entwicklung der deutschen Ostgebiete
unter polnischer Verwaltung

In den von Prof. Karl O. Thalheim herausgegebenen Wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin ist eine außerordentlich aufschlußreiche Arbeit von Hans Joachim Koerber mit dem Titel "Die Bevölkerung der deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung" erschienen, in der unter gewissenhafter Auswertung umfangreicher Unterlagen aus der polnischen amtlichen Statistik und der polnischen Presse folgendes festgestellt wird:

1. Die Bevölkerung der Dörfer und kleinen Städte in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten hat nach dem Versiegen des Siedlerstromes der ersten Nachkriegsjahre nur noch durch den natürlichen Zuwachs zugenommen. Im Zusammenhang mit der schwachen Besiedlung und der wirtschaftlichen Not auf dem Lande starben die natürlichen Funktionen der Kleinstädte ab.

2. In den größeren Städten der Oder-Neiße-Gebiete entstand eine übermäßige, unruhig fluktuierende Zusammenballung von Menschen.

3. Mit dem politischen Umschwung im Oktober 1956 wurde dem kompromittierten Führungssystem mit großer Entschiedenheit der Kampf angesagt. Der bis dahin mit allen Mitteln vorangetriebene Ausbau der großen Industrie wurde angehalten. Ihr aufgeblähter Produktions- und Verwaltungsapparat sackte infolge von Geld- und Materialmangel in sich zusammen, und es entstand eine Massenarbeitslosigkeit in den größeren Städten.

4. Die gleichzeitige Auflösung der meisten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und das Rekorddefizit der Staatsgüter im Jahre 1956 zeigten den Zusammenbruch des Plansystems auch in der polnischen Landwirtschaft, vor allem in den deutschen Ostgebieten, an.

5. Erschwert wird die "aktive Integration" der jetzigen Einwohner der Oder-Neiße-Gebiete vor allem durch zwei Tatsachen, die das Leben in diesem Raum kennzeichnen: Sie infolge der politischen Fehler der Nachkriegszeit immer noch starken, geistigen, sozialen und nationalen Gegensätze zwischen den Bevölkerungsgruppen und das lähmende "Gefühl der Vorläufigkeit".

6. Die Ukrainer fühlen sich in den deutschen Ostgebieten ausgesprochen fremd und unglücklich. Auch die übrigen kleinen Minderheitsgruppen, die ostpolnischen Repatrianten und die Ru-Emigranten aus dem Westen, ja auch Umsiedler aus Polen empfinden den Aufenthalt dort vielfach als Strafe und Verbannung.

7. Wenn heute die bisher in den Oder-Neiße-Gebieten praktizierte "Politik der Ausbeutung" verurteilt und jetzt versichert wird, die "wiedergewonnenen Gebiete" seien nunmehr wirklich ein Teil des polnischen Organismus geworden, so sind doch die großen Zweifel der Bevölkerung kaum zu überwinden, ob Polen die Oder-Neiße-Gebiete jemals hinreichend nutzen kann. "Wir sind nicht fähig, diesen fetten Happen zu verdauen", "das sind die Ergebnisse unserer Wirtschaft" - so und Ähnlich lauten die Urteile vieler Polen.

8. Durch die "Parteszialisierung" der "Vorläufigkeit" ist die Bevölkerung - auch wenn sie der Regierung Gomułka vertraut - in ihrer Einsatzbereitschaft gelähmt; sie empfindet alle Anstrengungen als zweckloses Bemühen, "aus dem nichts wird und nichts werden kann".

9. Faßt man alles für die heutige Bevölkerung der deutschen Ostgebiete Charakteristische zusammen: die unzureichende Zahl, die verschiedenartige Herkunft, die ungleichmäßige Verteilung in Stadt und Land, der Mangel an Fach- und Führungskräften, die materielle und seelische Armut, die vielfältigen Gegensätze und Spannungen, die Unsicherheit und Heimatlosigkeit großer Teile und den damit zusammenhängenden Abwanderungsdruck, so muß das polnische Vorhaben, die Gebiete aus eigener Kraft zu neuer Lebenskraft und neuer Kultur zu bringen, als hoffnungslos angesehen werden.

10. Das "Experiment" Polens, die für das Wirtschaftsleben wichtigen Deutschen in ihrer Heimat zu halten, wird heute als ebenso gescheitert angesehen wie das gleichlaufende Bemühen um "Repolnisierung" der übrigen einheimischen Bevölkerung. Mit "brennender Sehne" erkenne man die eigenen unverzeihlichen Fehler, die - wie "Kycio Warszawy" feststellte - "der Sache des Polentums geschadet haben". Nachdem man nach der Krieges "die berauschenden, ja vergiftenden Früchte des Sieges" gekostet habe, sei die Gewohnheit aufgekommen, "die Deutschen als Bürger einer tieferen Klasse zu behandeln, und nicht selten hat sich dieser Herrenstandpunkt bis heute erhalten".

Wohin neigen die Sympathien Nassers?

sp - Dem Korrespondenten der "Welt" wurde die Wieder-Einreise nach Ägypten verweigert. Was hatte er verbrochen? Er hatte versucht, ausfindig zu machen, wo und wie Dr. Eisele lebt. Das wurde ihm zum Verhängnis. Den ägyptischen Behörden gefiel das nicht, sie vermuteten Spionage. Ihnen war es unangenehm, dass der Korrespondent einer deutschen Zeitung sich nach einem Dr. Eisele erkundigte. Dr. Eisele? Er war ein willfähriges Werkzeug des Dritten Reiches, viele Menschen kamen durch ihn zu Tode. Er ist ein Massenmörder.

Dr. Eisele floh nach Ägypten. Dort fand er freundliche Aufnahme und lebt mit seiner Frau und seinen Kindern, die er nachkommen liess, in einer komfortablen Villa.

Wussten die ägyptischen Behörden, als sie diesem Unmenschen Asyl gewährten, was sie taten? Dr. Eisele ist kein politischer Flüchtling, er ist ein Kronzeuge der deutschen Schande.

Kairo geniesst den Ruf, ein Dorado für Verbrecher des Dritten Reiches zu sein. In der Tat: Viele, deren Taten dem deutschen Volk zur Schande gereichen, haben in der ägyptischen Metropole Zuflucht gefunden. Will Nasser seinen Namen mit diesen schandbeladenen Gestalten beschmutzen?

Es fällt uns schwer, dies zu glauben. Der ägyptische Diktator würde ein grosses Werk tun, brächte er den Mut auf, seine schützende Hand von Menschen wegzunehmen, die sich durch ihre Handlungen aus der Gemeinschaft des deutschen Volkes ausgeschlossen haben.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler

30. Dezember 1958

Das interessiert den Verbraucher

Die Zuwachsraten im Einzelhandel waren in letzten Jahr wesentlich niedriger als in den Vorjahren. Die Umsätze bei Nahrungs- und Genussmitteln waren um 5,8 % höher, bei Hausrat und Wohnbedarf um 4,6 %. Die Umsätze in Textilien und Schuhwaren waren unverändert, zum Teil sogar geringer (z.B. Oberbekleidung). Umsatzzunahmen von 25 % bei Kraftfahrzeugen, 15 % bei Fernsehgeräten und 10 % bei kosmetischen Artikeln lassen deutlich strukturelle Verbrauchsverschiebungen erkennen.

*

Fast 58 % der Biererzeugung 1958 wurden in Flaschen und Dosen geliefert. Der Flaschenverbrauch ist in ländlichen Gebieten am größten. So z.B. in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein 72,9 % des Umsatzes (Hausverzehr). Nordrhein-Westfalen mit 42,5 % läßt dagegen einen stärkeren Gaststättenbesuch erkennen.

*

Für verschiedene Frischfischsorten wurden zum Fest übersteigerte Preise gefordert. Auch für Blumen wurden zum Teil von einem Tag zum anderen die Preise verdoppelt. Auf solche Methoden sollten die Verbraucher unmittelbar reagieren. In Hamburg wurden z.B. 140 000 Weihnachtsbäume wegen überhöhter Preise nicht abgesetzt.

*

In diesem Jahr übersteigt die inländische Zuckerproduktion den Bedarf um 4-5 %. Da auch noch Importverpflichtungen bestehen, ist die Anlage einer "nationalen Reserve" geplant.

*

Schwierigkeiten hat die Süßwarenindustrie durch die ausländische Konkurrenz, da die übrigen EWG-Länder vorerst noch günstigere Rohstoffeinstandspreise haben und am 1.1.59 die Zölle für Schokolade, kakahaltige Waren, Zucker- und Dauerbackwaren um 10 % gesenkt werden müssen.

*

Der 1.1.59, die Eröffnung des Gemeinsamen Marktes in der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft wird den Anfang zu einem gemeinsamen Außenzolltarif bringen. Etwa 70 % der deutschen Zollpositionen werden eine Erhöhung erfahren. Das wird Preiserhöhungen bringen. Daher sollten den Verbrauchern in Einzelfällen auch die Zolllenkungen zugute kommen und nicht wie bei Kaffee und Tee durch neue Steuern kompensiert werden.

*

Der Verband der Schuhindustrie schätzt die Einfuhr von Schuhwaren aus Italien durch deutsche Ferienreisende auf 2 Millionen Paar. In künftigen Gemeinsamen Markt werden solche Erscheinungen noch krasser ausfallen, wenn die Auslandspreise günstiger sind.

*

Etliche Hula-Hoop-Produzenten haben einen Tagesausstoß von 15 000 Reifen erreicht. Dieser Artikel hat im Spielwarengeschäft den Vogel abgeschossen.

+ + +